

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach zwei Plenarwochen ohne war es dieses Mal wieder soweit. Die Landesregierung hat den Landtag nach einer **Regierungserklärung** mehr oder weniger neue Informationen debattieren lassen. Dieses Mal war die **Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung** an der Reihe.

Hessen könnte Vorreiter beim Thema Datensouveränität im 21. Jahrhundert werden. Leider hat sich gezeigt, dass Hessen auch unter der relativ neuen Ministerin nicht vorankommen wird. Digitalisierung ändert in der Arbeitswelt alles, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Engagierte Arbeitnehmervertreter sind nicht der Bremsklotz der Digitalisierung, sie wissen meist besser wo es tatsächlich hakt und klemmt und wo Digitalisierung wirklich hilft. Wir müssen sie aktiv mit einbeziehen und von ihrem Know-how und ihrem Engagement gemeinsam profitieren. Das Personalvertretungsrecht hierzu fit zu machen und konkret unsere Lösungsansätze für die digitale Arbeitswelt voranzutreiben, wäre eine Antwort, die die Ministerin nicht gibt. Auch Impulse für arbeitnehmerorientierte Digitalisierungsberatung in Ergänzung der in Hessen vorhandenen arbeitgeberbezogenen Digitalisierungsberatung wäre hier ein wichtiger Beitrag des Landes, wenn man es denn wollen würde. Wir wollen dies, Schwarz-Grün nicht.

Immer wieder wird über Studien diskutiert, wonach eine bestimmte Anzahl von Tätigkeiten der Digitalisierung zum Opfer fallen. Alle Studien haben eines gemeinsam: sie beschäftigen sich mit der Wirtschaft insgesamt und beschreiben Tätigkeitsfelder. Was das konkret für Hessen bedeuten könnte, zum Beispiel mit einer eigenen Studie zu den Auswirkungen von Digitalisierung auf Wirtschaft und Arbeit in Hessen, diesem Anliegen verweigert sich Schwarz-Grün standhaft.

Hessen braucht endlich ein klares Konzept für die digitale Bildung in unserem Land. Digitale Endgeräte alleine machen noch keine digitale Schule! Die Schulen mühen sich nach Kräften, aber sie werden von der Landesregierung allein gelassen. Lehrkräfte sind zum Lehren da und nicht dazu, um Updates auf die Rechner zu spielen. Es braucht an unseren Schulen den digitalen Hausmeister für genau diese Aufgaben.

Gerade hier wo die Nutzung konkreter digitaler Fertigkeiten auch zur Anwendung gelangen kann, in den Berufsschulen, haben wir ein Ausstattungsdefizit, diese finden keinerlei Schwerpunkt bei der Digitalministerin.

Beim Funknetz räumt die Digitalministerin ein, dass sie objektiv gar nicht weiß, wo die weißen Flecken in Hessen konkret lokalisiert sind und jeder, der in Hessen unterwegs ist, wundert sich, dass es angeblich nur ein bis zwei Prozent Fläche gibt, in denen es angeblich kein Netz gibt - wie von der Ministerin behauptet.

Es bleibt nach einem Jahr Ministerin Sinemus festzustellen: Es gibt kein Ziel, es gibt keine Vision, es gibt keine Steuerung und keine neuen Impulse, es gibt nur mehr Stellen, mehr Reisekosten und mehr eigene PR. Dafür hätten wir kein Digitalministerium gebraucht.

Die Debatte findet ihr bei der [Hessenschau](#).

Im Plenum wurde auch über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung der Lebensmittelüberwachung** diskutiert. Dieses Thema ist von großer Brisanz gerade wegen des Fleischskandals um den nordhessischen Wursthersteller Wilke. Anfang Oktober war der Fleischhersteller geschlossen worden, nachdem wiederholt Listerien-Keime in seinen Produkten entdeckt worden waren. Diese können bei Personen mit geschwächtem Immunsystem lebensgefährlich sein. Drei Todes- und 37 Krankheitsfälle werden mit Wilke-Produkten in Verbindung gebracht. Die Staatsanwaltschaft Kassel ermittelt wegen fahrlässiger Tötung gegen den Geschäftsführer. Aber auch die Politik hat sich, notwendigerweise, mit diesem Thema in den letzten Wochen an verschiedenen Stellen damit befasst. So fand im vergangenen Umweltausschuss eine Anhörung zum betreffenden Gesetzentwurf statt. Die damals und auch im Plenum geäußerte Kritik von Gernot als umweltpolitischem Sprecher der SPD-Fraktion, lässt sich wie folgt zusammenfassen: Der vorliegende Gesetzentwurf reicht nicht aus, um die dringende Neuaufstellung der Lebensmittelüberwachung in Hessen vorzunehmen. Das geforderte Weisungsrecht für die Landesregierung greift viel zu kurz. Ohne zusätzliches, gut ausgebildetes Personal kann keine vollumfängliche Überwachung zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleistet werden. Eigentlich hat die

Landesregierung nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie akzeptiert und respektiert die Fähigkeiten der gewählten Landräte diese Ausgabe auszuführen oder sie macht alles selbst. Sie muss sich nur entscheiden!

Darüber hinaus besitzt die Landesregierung bereits seit 15 Jahren eine Ermächtigung, in Fragen der Lebensmittelsicherheit einem Landkreis Weisung zu erteilen, bis hin zur Schließung von Betrieben. Von diesem Recht hat die Ministerin jedoch keinen Gebrauch gemacht.

Die Debatte dazu findet ihr auch auf dem [Youtube-Kanal des Hessischen Landtags](#).

Schwarzgrün verbockt es leider, die **Wahlen zu Ausländerbeiräten in Hessen** zu verbessern.

Der Hessische Landtag hat am Mittwoch in erster Lesung über das Gesetz zur Verbesserung der Teilhabe von Ausländerinnen und Ausländern an der Kommunalpolitik diskutiert. Dabei warf Turgut der Landesregierung vor, mit ihrem Gesetzentwurf genau das Gegenteil zu bewirken und vielmehr demokratische Rechte abzubauen.

Der Gesetzesentwurf könnte in der Praxis dafür sorgen, dass in Zukunft weniger Wahlen zu Ausländerbeiräten stattfinden werden. Damit schränkt die schwarzgrüne Landesregierung die Rechte von Migrantinnen und Migranten in Hessen ein. Der Landtag soll die aktuelle Situation der Ausländerbeiräte in Hessen nicht glorifizieren, aber aufgrund dieser Situation ein Gesetz zu entwickeln, das Gemeinden die Möglichkeit gibt, auf Ausländerbeiratswahlen zu verzichten, ist der falsche Weg. Der Ausländerbeirat vertritt die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund in den Städten und Gemeinden und setzt sich für eine Verbesserung ihrer Lebenslagen, für die Förderung der Integration und gegen Diskriminierung ein. Das ist eine wichtige Arbeit, die eine Modernisierung der Strukturen der Ausländerbeiräte, die Ausweitung ihrer Rechte und die Verbesserung ihrer Ausstattung mit angemessenen Ressourcen erforderlich macht.

Von den Gemeindevorständen ernannte Integrationskommissionen sind keine Antwort auf die geringe Wahlbeteiligung bei Ausländerbeiratswahlen. Außerdem brauchen die Gemeinden auch keine Gesetzesänderung zur Bildung von Kommissionen.

Der Landtag hat die Gelegenheit, die Bedingungen für Ausländerbeiräte in Hessen generell zu verbessern. Den Abbau von Beteiligungsrechten von Migrantinnen und Migranten jedoch wird die SPD-Fraktion ablehnen.

Vielleicht kommt die Landesregierung nach der anstehenden Anhörung ja noch zur Besinnung und zieht den Gesetzesentwurf zurück.

Die Debatte könnt ihr ebenfalls bei [Youtube](#) finden.

Die SPD hat auf ihrem letzten Bundesparteitag nicht nur eine neue Doppelspitze und einen neuen Vorstand gewählt, sondern auch ein umfassendes neues **Sozialstaatskonzept** diskutiert und beschlossen. Unter dem Titel „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit: Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“ wurde umfassend beschrieben, welchen Herausforderungen dieser ausgesetzt ist und welchen Anforderungen er gerecht werden muss. Die soziale Sicherung ist Voraussetzung für die freie Entfaltung des Einzelnen und die Fähigkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Jeder Mensch hat das „Recht auf Arbeit“ – menschenwürdiger Arbeit, die auskömmlich ist und auch für eine auskömmliche Rente im Alter sorgt.

Viele Menschen treibt die Sorge vor dem sozialen Abstieg bei Verlust des Arbeitsplatzes um. Sie fürchten, bereits nach einem Jahr gleichgestellt zu werden mit Menschen, die lange nicht oder gar nicht gearbeitet haben. Das Arbeit und längere Beitragszeiten hier oft keinen Unterschied machen, wird als zutiefst ungerecht empfunden. Und das ist es auch. Deswegen soll es zu einer größeren Anerkennung der Lebensleistung kommen. Das nennen wir solidarische Arbeitsversicherung. Dazu gehört unter anderem die Bezugszeit des Arbeitslosengeld I (ALG I) deutlich zu verlängern. Ein Weg hierzu ist die Einführung des Arbeitslosengeld-Q. Alle, die nach drei Monaten im ALG-I keine neue Arbeit gefunden haben, erhalten Anspruch auf gezielte Weiterbildungsmaßnahmen und das damit verbundene ALG-

Q. Dies entspricht in der Höhe dem ALG-I und wird für 12 Monate gewährt, allerdings wird es nicht auf dessen Bezug angerechnet.

Hartz IV soll zu einem Bürgergeld ausgebaut werden. Dies steht für ein neues Verständnis von Sozialstaat, der besser unterstützt und bürgernäher ist. Die Förderung, Weiterbildung und Integration in die Gesellschaft stehen im Vordergrund. Um Konflikte zu vermeiden oder besser mit ihnen umzugehen soll es Teilhabevereinbarungen zwischen den Erwerbssuchenden und den Jobcentern geben, die sich stärker an den Bedürfnissen und Vorstellungen orientieren. Die Jobcenter sollen besser ausgestattet werden und neutrale Ombudsstellen eingerichtet werden. Der Mensch rückt in den Mittelpunkt!

Für die SPD bedeutet dies eine Neuaufstellung und eine Abkehr von Hartz IV, für die Menschen in Deutschland neue Chancen!

Aus diesem Grund bot der Antrag der Fraktion DIE LINKE „15 Jahre Hartz IV – 15 Jahre Verletzung der Menschenwürde – es reicht“ eine gute Gelegenheit intensiv über das neue Sozialstaatskonzept zu sprechen. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Lisa Gnadl, hat sich für eine umfassende Reform des Grundsicherungssystems ausgesprochen. Diese soll auf einem grundlegend neuen Ansatz beruhen und Antworten auf die aktuellen arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen geben. Lisa Gnadl erinnerte daran, dass die Reform der Arbeitslosenversicherung vor 15 Jahren im Kontext der damaligen Rahmenbedingungen wie der Massenarbeitslosigkeit und dem Nebeneinander von Sozialhilfe und Arbeitsvermittlung entstanden sei. Das System, das dafür entworfen wurde, hatte Fehler, die heute korrigiert werden müssen.

In diesem Zusammenhang warb Gnadl auch für das SPD-Konzept einer eigenen Kindergrundsicherung. Gerade im Hinblick auf den neuen Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass in Hessen die Armut so stark steigt wie in keinem anderen Bundesland. Ein Fünftel der Unter-18-Jährigen lebt in Armut. Das sind sehr beunruhigende Zahlen. Neben der besseren Absicherung von Arbeitslosen will die SPD vor allem dafür sorgen, dass alle Kinder sicher und gesund aufwachsen können. Neben der Sicherung des individuellen finanziellen Bedarfs sehe das sozialdemokratische Konzept

auch eine institutionelle Förderung von Kindern durch Kitas, Schulen, Förder- und Teilhabeangebote vor. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein und Familien dürfen nicht auf Grundsicherung angewiesen sein, weil sie Kinder großziehen. Das ist das Ziel der SPD!

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE sowie ein eigener Antrag der SPD-Landtagsfraktion wurden beide zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss überwiesen.

Wir wünschen Euch schöne Weihnachten und einen guten Jahreswechsel. Wir melden uns im neuen Jahr wieder aus dem Hessischen Landtag!

Mit solidarischen Grüßen



Gernot Grumbach

Landtagsabgeordneter



Turgut Yüksel

Landtagsabgeordneter